

Bernhard Mathies

RECHTSANWALT

Bernhard Mathies · Soltauer Allee 22 · 21335 Lüneburg

An das Bundesverfassungs-
gericht Karlsruhe
Schloßbezirk 3

76131 Karlsruhe

Vorab per Fax: 0721/91 01 382

Mein Zeichen: 72/17

K ./. VBL

Soltauer Allee 22
21335 Lüneburg
Telefon: 04131/400093
Telefax: 04131/249144

Bankverbindung
Volksbank Lüneburger Heide eG
BIC GENODEF1NBU
IBAN DE50 2406 0300 4050 5138 01

USt-IdNr. DE 162017555

www.ra-mathies.info

30.07.2018
D1/432-18 me/ma

In dem

Verfassungsbeschwerdeverfahren

der Rentnerin K.

- Beschwerdeführerin -

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Bernhard Mathies,
Soltauer Allee 22, 21335 Lüneburg

erhebe ich namens und in Vollmacht der Beschwerdeführerin eine

Gegenvorstellung

gegen den Beschluss vom 09. Mai 2018 (anonymisiert erhalten per E-Mail am 19. Juni 2018 und eingegangen per Post am 21. Juni 2018) und beantrage, den Beschluss des BVerfG vom 09.05.2018 aufzuheben und das Verfahren fortzusetzen.

Zur Begründung ist auszuführen, dass im Beschluss zunächst behauptet wird, dass die *"aktuelle Höhe der Rente nicht bekannt"* ist. Insoweit ist anzumerken, dass der Bescheid der gesetzlichen Rentenversicherung mit der Gewährung einer Altersrente für Frauen gem. Bescheid der Deutschen Rentenversicherung vom

23.09.2008 in Höhe von brutto 1.055,24 € als **Anlage K2** zur Klagschrift vorlag, die wiederum als **Anlage AK7** dem BVerfG vorliegt. Soweit das Gericht der Auffassung gewesen sein sollte, dass es auf die **aktuelle** Höhe der gesetzlichen Rente und die Erhöhungsschritte seit der Verrentung der Beschwerdeführerin 2008 ankommt, wäre im Rahmen der Amtsermittlung es ein Leichtes gewesen, den entsprechenden Beleg anzufordern, anstatt dies rügend der Beschwerdeführerin und ihrem Prozessbevollmächtigten vorzuhalten. Zudem sind die Anpassungssätze der gesetzlichen Rente im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und damit gerichtsbekannt.

Es ist auch in keiner Weise erkennbar, wie für die Anwendung und juristische Prüfung des pauschalierten Näherungsverfahrens gemäß der Berechnung der Startgutschrift, das pauschal 45 Pflichtversicherungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung für alle Versicherten fiktiv unterstellt und das somit auf den Zeitpunkt der Verrentung abstellt, die weitere Entwicklung der gesetzlichen Rente nun entscheidend sein soll. Die jeweiligen Rentenerhöhungen erfolgen ohnehin gemäß den gesetzlichen Vorgaben und sind daher gerichtsbekannt.

Soweit das Gericht das frauendiskriminierende Näherungsverfahren mit der Unterstellung von 45 Pflichtversicherungsjahren in der gesetzlichen Rente für "*möglicherweise frauendiskriminierend*" hält, was angeblich jedoch keiner Prüfung bedarf, weil zunächst die TV-Parteien eine Nachbesserungsmöglichkeit erhalten sollen, ist anzumerken, dass **vor** Erlass einer Norm die Auswirkungen einer Normsetzung auf Diskriminierung zu prüfen sind. Ansonsten läuft der Grundrechtsschutz verfahrensmäßig leer, wie auch gerade dieses Beispiel zeigt, da selbst 17 Jahre nach der Einführung des Umstellungsrechtes zum 01.01.2002 und noch rund 10 Jahre nach der Verrentung der Beschwerdeführerin ein derartiges flächendeckendes Gutachten zum pauschalierten Näherungsverfahren fehlt.

Liegt eine Vermutung einer mittelbaren oder unmittelbaren Diskriminierung vor, so obliegt es der **Beklagtenpartei**, jeweils zu be-

weisen, dass keine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vorgelegen hat (vgl. Richtlinie 206/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05.07.2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, Amtsblatt der Europäischen Union vom 26.07.2006 - L 204/23 -, Titel III, Kap. 1, Abschnitt 2, Art. 19, Abs. 1 der Richtlinie.

Der verfassungsrechtliche Schutz auch in Bezug auf den Gleichstellungsanspruch und das Verhältnismäßigkeitsprinzip läuft rein verfahrensmäßig schon leer, wenn vor Erlass einer Norm eine derartige gutachterliche Prüfung auf Diskriminierung durch die TV-Parteien nicht erfolgt. Der effektive Rechtsschutz wird auch dann beeinträchtigt, wenn die Gerichte die Beweislastregeln zum Diskriminierungsvorwurf nicht einhalten und auf mögliche spätere Nachbesserungen und Prüfungen verweisen.

Die TV-Parteien haben jedoch in Bezug auf die "Kosten" durch Rentner ein gemeinsames Interesse daran, dass derartige Gutachten nicht erstellt werden, weil durch die Beseitigung eines gleichheitswidrigen Zustandes Aufwendungen verursacht werden, die den Kapitalaufbau bei der VBL behindern bzw. verlangsamen.

Dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass das mit Urteil des BGH vom 14.11.2007, BGHZ 174, S. 127, 168, 169, Rn. 119, geforderte Gutachten bis heute nicht vorliegt.

Das Näherungsverfahren ist auch in dem weiteren Verfahren **B ./. VBL zum Az. - 1 BvR 1866/17** - verstärkt thematisiert worden, da dort die Differenzen aus einer fiktiv berechneten gesetzlichen Rente nach dem Näherungsverfahren über 45 Pflichtversicherungsjahre besonders eindrücklich waren. Nach dem dortigen Näherungsverfahren ergab sich **in der Sache Brenner eine fiktive gesetzliche Rente von 770,88 €, real jedoch eine Bruttorente in Höhe von nur 511,19 €, also mit über 250,00 € realer Differenz.**

Zudem war in dem Verfahren Brenner auch ein statistischer Nachweis dafür vorgelegt worden, dass die gesetzliche Rente sowohl im Gesamtbestand als auch im Neuzugang 2001 (dort besonders dramatisch) im Versorgungssatz abfällt und auch die gesetzliche Rente deutlich niedriger ausfällt im Verhältnis zu den männlichen Kollegen, selbst wenn es sich um die Regelaltersrente handelt, und die Altersrente für langjährig Versicherte (vgl. Verfahren Brenner - 1 BvR 1866/17, dort **Anlage AB8**, dort wiederum **Anlage K4**, Kopie der **Anlage 14** aus dem statistischen Teil des Geschäftsberichtes der VBL a.d.J. 2001).

- Anlage G 1 -

Bei Männern belief sich bei Verrentung mit der Regelaltersrente das gv Entgelt (in etwa Bruttoarbeitseinkommen) auf durchschnittlich monatliche 7.147,00 DM, und die gesetzliche Rente auf 2.610,00 DM, mithin 36,5 % des letzten Bruttoeinkommens.

Bei den Frauen sieht die Situation jedoch völlig anders aus. Das gv Entgelt (Bruttoarbeitseinkommen) beläuft sich bei Verrentung mit der Regelaltersgrenze auf durchschnittlich 5.084,00 DM für den Neuzugang 2001 und die gesetzliche Rente auf nur 1.410,00 DM (720,92 €), so dass selbst bei der Regelaltersrente für Frauen nur eine gesetzliche Rente von 27.73 % im Durchschnitt gewährt wird (Neuzugang 2001).

Ähnlich dramatisch sieht die Situation bei der häufig gewählten Altersrente für Frauen aus. Dort beträgt bei Frauen der Anteil der gesetzlichen Rente bei einem durchschnittlichen gv Entgelt von 4.792,00 DM und einer anzurechnenden gesetzlichen Rente von 1.443,00 DM der Anteil 30,11 %, so dass das Näherungsverfahren für Frauen eine fiktive gesetzliche Rente mit 45% vom Brutto unterstellt, die ca. um 50 % überhöht ist und entsprechend die Standardvollversorgung nach § 18 Ab.2 Nr.1 und 2 BetrAVG in analoger Anwendung im Rahmen der Startgutschrift drastisch mindert.

Anders ausgedrückt: Die Frauenrenten in der gesetzlichen Ren-

tenversicherung liegen im Verhältnis zum Bruttoarbeitsentgelt bei Verrentung bei bis zu 30 %, während das fiktive Näherungsverfahren ihnen gleichheitswidrig rund 45 % vom Brutto unterstellt, so dass die Vollversorgung entsprechend kleiner ausfällt.

Auf das Verfahren Brenner und auf die Rüge, dass der Grundrechtsschutz durch Verfahrensschutz fehlt, insbesondere der Diskriminierungsschutz von Frauen (vgl. S. 12 / 13 der Verfassungsbeschwerde), wird verwiesen.

Dem BVerfG lagen daher gerade bei den eingelegten Verfassungsbeschwerden von Frauen sowohl die individuellen als auch die generellen Zahlen vor, wie schon zuvor den Zivilgerichten, so dass angesichts dieser Sach- und Rechtslage und der Beweislast es eine Verweigerung des effektiven Rechtsschutzes darstellt, wenn entweder das Sachverständigengutachten nicht gerichtlich erhoben oder wegen Verletzung der Darlegungs- und Beweislast den Anträgen nicht stattgegeben wird, gegebenenfalls bis zu einer Neuregelung durch die Tarifvertragsparteien.

Dies verstößt auch nicht gegen die TV-Freiheit. Zum einen ist es rechtlich höchst fragwürdig, aus einem Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe, der TV-Freiheit, eine TV-Hoheit abzuleiten und den TV-Parteien ohne hinreichend nachgewiesene Prüfung des Sachverhalts geradezu Narrenfreiheit zuzugestehen, und zum anderen steht es den TV-Parteien ja immer noch frei, auch nach einer gerichtlichen Entscheidung eine entsprechende sachkundige Untersuchung anzustellen und dann gegebenenfalls rückwirkend einen neuen Tarifvertrag zu erlassen. Weil ihnen diese Befugnis zur rückwirkenden Regelung trotz eines gerichtlichen Urteils belassen wird oder gegebenenfalls auch mit einem entsprechenden Vorbehalt belassen werden kann, fehlt es an der Berechtigung, eine **vorgängige Entscheidung der TV-Parteien** zu fordern, und eine vorgängige Sachverhaltserhebung durch die TV-Parteien zwingend vorzusehen, die diese ohnehin nicht durchführen wollen und sich entsprechend seit 17 verweigern.

Ein effektiver Rechtsschutz wird jedenfalls für die jetzt laufenden Frauenrenten mit einer Startgutschrift "rentenfern" in der

Zusatzversorgung so nicht gewährleistet, wenn die Anwendung des gleichheitswidrig benachteiligenden Näherungsverfahrens für Frauen nicht unterbunden wird.

Soweit das Gericht ferner darauf abstellt, dass eventuelle Verbesserungen bei der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten sich positiv auswirken könnten, ist zunächst darauf hinzuweisen, dass sich hierdurch der Gesamtversorgungsanspruch nicht ändert, sondern eventuelle Verbesserungen seit 2001 und seit der Umstellung des Satzungsrechtes in der Zusatzversorgung sich nur noch auf die gesetzliche Rente auswirken. Zudem stehen den positiven Auswirkungen auch negative Änderungen gegenüber, insbesondere in dem hier vorliegenden Fall, indem beispielsweise die Anerkennung von Studienjahren und einer akademischen Ausbildung in der gesetzlichen Rentenversicherung deutlich verkürzt wurde, wie auch an der hiesigen Rentenberechnung der Beschwerdeführerin erkennbar ist.

Sieben Jahre vor der Verrentung im Übrigen zu erfahren, dass das über Jahrzehnte bestehende und erdiente Versorgungsversprechen einer beamtenähnlichen, endgehaltsbezogenen Versorgung als Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst gebrochen wird, indem eine "Zweiklassengesellschaft" nicht nur bei der aktuellen Besoldung, sondern auch bei der Versorgung geschaffen wird, hat politische Konsequenzen bei der Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit dieses Staates. Die allgemeine Einführung eines angeblichen tarifrechtlichen Vorbehaltes, der zur beliebigen und gleichheitswidrigen Verfallbarkeit erdienter Ansprüche führt, beseitigt auch den letzten Rest Vertrauen darauf, dass die zukünftigen Versorgungsversprechen eingehalten werden. Auch diese werden aber wahrscheinlich gebrochen werden, wie dies auch hier, nach einer Beschäftigungszeit von 28 Jahren, der Fall war.

gez. Mathies

- Mathies -
Rechtsanwalt

Statistischer Teil

Anlage 14

Durchschnittswerte von Versorgungsrenten für Versicherte nach Versicherungsfällen und Geschlecht

| | R-AR | Gesamtbestand | | | Neuzugang 2001 | | | v.H. |
|--|-------|-----------------------|---------------------------|---------------------|-----------------------|---------------------------|---------------------|------|
| | | GV-fähiges Entgelt DM | Fiktives Netto-Entgelt DM | anzurech. Bezüge DM | GV-fähiges Entgelt DM | Fiktives Netto-Entgelt DM | anzurech. Bezüge DM | |
| Regelaltersrente | | | | | | | | |
| Männer | 5.466 | 3.675 | 2.285 | 7.147 | 4.478 | 2.610 | 78,70 | |
| Frauen | 4.445 | 3.091 | 1.456 | 5.084 | 3.394 | 1.416 | 51,47 | |
| Gesamt | 4.962 | 3.387 | 1.875 | 6.324 | 4.045 | 2.134 | 67,84 | |
| Altersrente für langj. Versicherte | | | | | | | | |
| Männer | 5.615 | 3.746 | 2.666 | 5.744 | 3.789 | 2.584 | 84,89 | |
| Frauen | 4.916 | 3.267 | 1.805 | 5.145 | 3.419 | 1.588 | 55,71 | |
| Gesamt | 5.564 | 3.711 | 2.604 | 5.724 | 3.776 | 2.551 | 83,92 | |
| Altersrente für Schwerbehinderte | | | | | | | | |
| Männer | 5.337 | 3.607 | 2.476 | 5.542 | 3.671 | 2.434 | 86,43 | |
| Frauen | 4.711 | 3.203 | 1.730 | 4.775 | 3.253 | 1.590 | 66,32 | |
| Gesamt | 5.126 | 3.471 | 2.225 | 5.253 | 3.513 | 2.116 | 78,84 | |
| Altersrente wegen Arbeitsl./Alters-TZ | | | | | | | | |
| Männer | 5.856 | 3.847 | 2.526 | 5.921 | 3.876 | 2.543 | 86,87 | |
| Frauen | 4.777 | 3.259 | 1.630 | 4.825 | 3.273 | 1.539 | 66,59 | |
| Gesamt | 5.746 | 3.787 | 2.436 | 5.880 | 3.853 | 2.505 | 86,10 | |
| Altersrente für Frauen | | | | | | | | |
| | 4.542 | 3.164 | 1.545 | 4.792 | 3.334 | 1.443 | 56,95 | |
| Rente wegen Erwerbsminderung | | | | | | | | |
| Männer | 5.141 | 3.434 | 2.066 | 4.700 | 3.099 | 1.781 | 70,83 | |
| Frauen | 4.497 | 3.131 | 1.443 | 4.129 | 2.857 | 1.283 | 59,47 | |
| Gesamt | 4.775 | 3.262 | 1.712 | 4.364 | 2.956 | 1.488 | 60,62 | |

VBL - Geschäftsbericht 2001

Anlage

39

K4

Anlage

G1

S.1

Statistischer Teil

Anlage 14

Durchschnittswerte von Versorgungsrenten für Versicherte nach Versicherungsfällen und Geschlecht

| | R-AR | Gesamtbestand | | | Neuzugang 2001 | | | v.H. |
|--|-------|-----------------------|---------------------------|----------------------|-----------------------|---------------------------|----------------------|------|
| | | GV-fähiges Entgelt DM | Fiktives Netto-Entgelt DM | anzu-rech. Bezüge DM | GV-fähiges Entgelt DM | Fiktives Netto-Entgelt DM | anzu-rech. Bezüge DM | |
| Regelaltersrente | | | | | | | | |
| Männer | 5.466 | 3.675 | 2.285 | 7.147 | 4.478 | 2.610 | 78,70 | |
| Frauen | 4.445 | 3.091 | 1.456 | 5.084 | 3.394 | 1.416 | 51,47 | |
| Gesamt | 4.962 | 3.387 | 1.875 | 6.324 | 4.045 | 2.134 | 67,84 | |
| Altersrente für langj. Versicherte | | | | | | | | |
| Männer | 5.615 | 3.746 | 2.666 | 5.744 | 3.789 | 2.584 | 84,89 | |
| Frauen | 4.916 | 3.267 | 1.805 | 5.145 | 3.419 | 1.588 | 55,71 | |
| Gesamt | 5.564 | 3.711 | 2.604 | 5.724 | 3.776 | 2.551 | 83,92 | |
| Altersrente für Schwerbehinderte | | | | | | | | |
| Männer | 5.337 | 3.607 | 2.476 | 5.542 | 3.671 | 2.434 | 86,43 | |
| Frauen | 4.711 | 3.203 | 1.730 | 4.775 | 3.253 | 1.590 | 66,32 | |
| Gesamt | 5.126 | 3.471 | 2.225 | 5.253 | 3.513 | 2.116 | 78,84 | |
| Altersrente wegen Arbeitsl./Alters-TZ | | | | | | | | |
| Männer | 5.856 | 3.847 | 2.526 | 5.921 | 3.876 | 2.543 | 86,87 | |
| Frauen | 4.777 | 3.259 | 1.630 | 4.825 | 3.273 | 1.539 | 66,59 | |
| Gesamt | 5.746 | 3.787 | 2.436 | 5.880 | 3.853 | 2.505 | 86,10 | |
| Altersrente für Frauen | | | | | | | | |
| | 4.542 | 3.164 | 1.545 | 4.792 | 3.334 | 1.443 | 56,95 | |
| Rente wegen Erwerbsminderung | | | | | | | | |
| Männer | 5.141 | 3.434 | 2.066 | 4.700 | 3.099 | 1.781 | 70,83 | |
| Frauen | 4.497 | 3.131 | 1.443 | 4.129 | 2.857 | 1.283 | 53,47 | |
| Gesamt | 4.775 | 3.262 | 1.712 | 4.364 | 2.956 | 1.488 | 60,62 | |

VBL - Geschäftsbericht 2001

Anlage

K4

39

Anlage

G.1
G.1

Statistischer Teil

Anlage 12

Rentenneuzugänge 2001 nach Versicherungsfällen, Rentenzugangsalter und Geschlecht

| | 60 | | 61 | | Zugang mit Lebensjahr | | 64 | | 65 | |
|--|---------------|--------------|--------------|--------------|-----------------------|--------------|------------|--------------|--------|--------|
| | Anzahl | Anzahl | Anzahl | Anzahl | 62 | 63 | Anzahl | Anzahl | Anzahl | Anzahl |
| Altersrenten für Männer | | | | | | | | | | |
| Regelaltersrente | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 878 | 3 |
| Altersrente für langjährig Versicherte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 5 515 | 320 | 0 | 0 | 0 |
| Altersrente für Schwerbehinderte | 3 373 | 486 | 294 | 162 | 294 | 162 | 24 | 0 | 0 | 0 |
| Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit | 3 867 | 1 902 | 2 794 | 736 | 2 794 | 736 | 30 | 0 | 0 | 0 |
| | <u>7 240</u> | <u>2 388</u> | <u>3 088</u> | <u>6 413</u> | <u>3 088</u> | <u>6 413</u> | <u>374</u> | <u>1 881</u> | | |
| Altersrenten für Frauen | | | | | | | | | | |
| Regelaltersrente | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 531 | X |
| Altersrente für langjährig Versicherte | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 205 | 95 | 1 | 0 | 0 |
| Altersrente für Schwerbehinderte | 2 671 | 129 | 58 | 44 | 58 | 44 | 9 | 0 | 0 | 0 |
| Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder Altersteilzeit | 370 | 16 | 44 | 19 | 44 | 19 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Altersrente für Frauen | 14 307 | 1 425 | 977 | 795 | 977 | 795 | 156 | 4 | 0 | 0 |
| | <u>17 348</u> | <u>1 570</u> | <u>1 079</u> | <u>1 063</u> | <u>1 079</u> | <u>1 063</u> | <u>261</u> | <u>1 536</u> | | |

VBL-GB-2001 stat. Teil

Zu Anlage K4

| | bis 30 | | 31 - 40 | | Zugang mit den Lebensjahren | | 56 - 60 | | 61 - 65 | |
|-------------------------------------|-----------|------------|--------------|--------------|-----------------------------|--------------|--------------|------------|------------|------------|
| | Anzahl | Anzahl | Anzahl | Anzahl | 41 - 50 | 51 - 55 | Anzahl | Anzahl | Anzahl | Anzahl |
| Rente wegen Erwerbsminderung | | | | | | | | | | |
| Männer | 27 | 190 | 862 | 1 228 | 862 | 1 228 | 1 795 | 185 | 185 | 185 |
| Frauen | 57 | 409 | 1 628 | 1 904 | 1 628 | 1 904 | 2 155 | 51 | 51 | 51 |
| | <u>84</u> | <u>599</u> | <u>2 490</u> | <u>3 132</u> | <u>2 490</u> | <u>3 132</u> | <u>3 950</u> | <u>236</u> | <u>236</u> | <u>236</u> |

Anlage

S. 2
G 1

60